

Ein Vertrauensantrag der Mehrheit.

Im weiteren Verlauf seiner Rede in der gestrigen Reichstags-
sitzung, über die wir in der zweiten Beilage berichten, führte Ad-
geordneter Raumann aus:

Zum Wesen der Mehrheit gehört die Opposition der
Minderheit, die sich in Deutschland nur etwas merklich
zusammensetzt. (Heiterkeit.) Für die Gruppe des
Herrn Ledebour bringt ja das neue Regierungssystem keine
Veränderung des bisherigen Verfahrens der reinen Kritik, seine
Partei bleibt, was sie war: das konservativste Element in diesem
Haus. (Sehr richtig.) Anders liegt es bei den Konser-
vativen. Sie hatten bisher die engsten Beziehungen zu der Re-
gierung. (Widerspruch rechts.) Wie können Sie das bestreiten?
Denken Sie nur an Preußen. Was sah alles in der preußischen
Regierung? (Guruf links! Und sitzt heute noch!) Aber die
Opposition wird für die Konservativen von ungeheurer zerschlagender
Wirkung sein. Wenn die Konservativen nochmals zur Macht
kommen wollen, können sie es nicht anders, als auf dem Wege zur
Mehrheit. (Widerspruch rechts.) Es gibt keinen anderen legalen
Weg (Sehr richtig! links), daher müssen sich die Konservativen in
viel höherem Maße als bisher den Bedürfnissen der Massen an-
bequemen, sie unterlegen einer Wandlung, die für die Partei
nur förderlich sein kann.

Der Rangler hat ernste Worte zu uns gesprochen. Unsere Re-
gierung hat für den Frieden getan, was sie tun kann. Aber
über den Willen unserer Gegner sind wir nicht
Herr. Wir müssen abwarten, was die Gegner beschließen. Auch
wir lagen, daß es Grenzen gibt, über die ein großes Volk nicht
hinausgehen kann, will es sich nicht selbst preisgeben. Wenn
diese Grenzen erreicht sind, dann ist auch der Punkt erreicht, an
dem die parlamentarischen Kämpfe aufhören, wo das Volk als
Ganzes besteht. Wir auf der linken befanden uns teilweise in
einer sehr schwierigen Lage. Diejenigen von uns, welche die Er-
klärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges für den
allergrößten Fehler gehalten haben, der in der deutschen Geschichte
überhaupt gemacht worden ist (Sehr richtig! links), konnten nicht
anders, als uns hinter die Regierung zu stellen und unseren Ein-
spruch in den Akten niederzulegen, obgleich wir das Gefühl
hatten, daß hier etwas verfaßtes worden war, was nicht wieder
eingeholt werden konnte. (Sehr richtige Zustimmung links.) So gut
wir uns in diese Lage gefügt haben, so gut muß es auch die jetzige
Opposition auf anderem Gebiete tun. Auch hier erleben wir jetzt
erst den Anfang zum Uebergang in die neue Zeit.

Oberster Grundsatz der neuen Regierung muß sein: jede Ver-
meidung von Zweideutigkeiten. Es kann etwas
wahr sein und es kann etwas anderes wahr sein. Aber man
kann auswärtige Politik mit Erfolg nicht treiben, wenn man wie
bisher A und B sagt.

Wir haben über den Krieg die Meinung, die Herr von Kühlmann
hier ausgesprochen hat, daß mit militärischen Mitteln allein der
Friede nicht erreicht werden kann. Jetzt müssen die diplomatischen
und moralischen Mittel der ganzen Menschheitsgemeinschaft eingesetzt
werden. Auch uns sind noch nicht alle Einzelheiten des neuen
Völkerbundesgedankens in Fleisch und Blut übergegangen. Wir
müssen das Problem aber als Weltproblem erst einmal in die
Hand nehmen. Wir müssen den Willen aufmerksam lesen. Dann
werden wir auch der deutschen Minderheiten gedenken, deren
Rechte wir in den anderen Ländern geschützt zu sehen wünschen.
Von dort führt der Gedanke schließlich auf die fremdsprachigen Be-
wohner unseres Vaterlandes, die wir so behandeln müssen, wie
wir wünschen, daß die deutschen Minderheiten im Ausland be-
handelt werden.

Die Menschheitsgemeinschaft ist kein fremdländisches
Werk, ist nicht zuerst von Lord George oder Willen in die Debatte
gekommen. Eine gerade Linie führt von Kant bis zu Hegel und
wir werden uns zu den höchsten unserer Großväter nicht wenden
müssen, um aus den Gedanken unserer großen Geister etwas hin-
überzuretten für den Neuaufbau in der Gegenwart. Bestimmten
glauben, das deutsche Volk sei niedergeboren weil es nach so
vielen Siegen eine Niederlage erlitten hat. O nein, auch wir
glauben, daß wir als eine Nation, die der Welt gegenüber vier
Jahre so ausgehalten hat, nicht totzumachen ist weder von den
Heeren Europas, noch von den Heeren jenseits des Ozeans. Die
Freunde sollen es nur versuchen, sie werden sehen, daß das nicht
geht. Aber mit uns in Frieden leben, das geht, wenn die an-
deren nur wollen. (Stürmischer Beifall bei d. Mehrheit.)

Hbg. Dr. Stresemann (natl.):

Was die deutsche Heere geleistet haben, muß als die höchste
Leistung eines Volkes im Vorkriegskampf anerkannt werden.
Ungebrannt konnte die Regierung Friedensschritte tun, wir sind
dem Reichskanzler dankbar, daß er den Anstößen gegen unser
Heer entgegengetreten ist. In der Tatsache kann die Welt nicht
vorbei, daß das deutsche Heer weit mehr ein Volksherr war, als
die anderen. Unserem Heer ist der Gedanke fremd, zu den
Grenzen des Krieges notwendig neue hinzuzufügen. Die Ent-
scheidung, ob den Völkern weitere Blutopfer erspart werden sollen,
noch weiter Städte und Dörfer in Rauch und Trümmern aufgehen
sollen, liegt in der Hand des Präsidenten der Vereinten Staaten.
Vor seinem Gewissen hat er die Frage zu beantworten, ob er es
tragen will, den Frieden nach den von ihm selbst gestellten
Grundsätzen noch vorzuenthalten. Das Blut, das noch
weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser
Haupt. Wir stehen weltpolitisch vereinsamt da. Es
ist von einem Herrat Bulgariens gesprochen worden. Das
halte ich für falsch. Wie weit wir selber die Schuld daran tragen,
daß die deutschfreundlichen Parteien Bulgariens sich nicht halten
konnten, darüber wird die Geschichte urteilen, wenn die Geschichte
des Friedens von Bukarest geschrieben wird. Wir geben die Hoff-
nung nicht auf, daß die Saat des Zusammenlebens in der Kriegs-
zeit in Zukunft eine Wiederanknüpfung erleichtert.

Deutschland wird mit Deutsch-Oesterreich stets Schulter an Schul-
ter stehen. Es ist eine falsche Auffassung, daß Graf Tisza
das Bündnis gekündigt habe, er hat lediglich die Forderung ge-
zogen, daß mit Uebernahme des Wilsonschen Völkerbundes ein
Bund nur nicht mehr möglich und nötig ist.

Es ist gesagt worden, durch den Friedensschritt sei der Tapfer-
keitssinn der Truppen geschwächt worden. Für die Stirne, mit der
während des Krieges gewirkt, habe ich keinen parlamentarischen Aus-
druck. Es handelt sich um Äußerungen der unabhängigen Na-
tionalkorrespondenz in Stuttgart von Professor Haug. (Hört, hört!)
Wir haben an den deutschen Sieg geglaubt und können uns
des nicht. Wir teilen dieses Verbrechen mit Millionen von
Deutschen. Dem Ruhm dessen, was unsere Heere in diesem Welt-
krieg geleistet haben, war es erlaubt, uns über den Sieg zu täu-
schen. Unsere Kriegsziele sind nicht erfüllbar. Villars Spott ist
in dieser Zeit nicht angebracht. Wer in dieser Beziehung ohne
Schuld und Fehl ist, werfe den ersten Stein.

Wir sehen den Krieg nicht als verloren an, auch wenn dieses
oder jenes nicht erreicht wird. Aus dem, was sich entwickelt hat,
haben wir den Schluß gezogen, daß das System, das uns hierher
führte, sein Recht verwirkt hat. Deshalb stimmen wir den neuen
Anträgen zu. Eine solche Erklärung für unsere Partei abzugeben,
ist wegen der geschichtlichen Entwicklung unserer Parteien nicht
leicht, aber gerade deswegen bedeutungsvoll.

Die Geschichte unserer Diplomatie vor dem Kriege und wäh-
rend des Krieges war ein einziger diplomatischer Fehler.
Die Vorgeschichte des Weltkrieges ist voll von unglücklichen diplo-
matischen Aktionen und Devisen. Was aber das Schlimmste ist:
Unser System hat selbst da versagt, wo es seine stärkste Stütze hatte,
nämlich kriegstechnisch. Wir hatten zwar keinen Organisations-
Mangel, wie Lloyd George. Aber wenn man weiß, daß Angebote

der deutschen Industrie für den U-Bootbau nicht voll ausgenutzt
sind, steigt einem eine bittere Empfindung auf.

Ich will nicht vom Geheimratengeist sprechen, aber zwischen dem
hohen Beamtenstand und dem Volk war früher eine abgrundtiefe
Kluft, während in England die Minister zwanglos zu den Arbeit-
tern sprachen. Das deutsche Volk will geführt sein, aber die Führer
müssen sein Vertrauen haben. Den Willen der Sozialdemokratie
zur positiven Mitarbeit haben wir nicht nur anerkannt, sondern
freudig begrüßt. Die Mitübernahme der Verantwortlichkeit durch
die Arbeiterführer eröffnet uns ganz neue Perspektiven. Den Vor-
lagen, die diese Mitarbeit ermöglichen sollen, stimmen wir zu.
Durch sie wird der Reichstag mehr als bisher in den Mittelpunkt
des öffentlichen Lebens gerückt.

Wir brauchen die Anspannung aller Kräfte für den Wiederauf-
bau des Reiches nach dem Kriege. Mit bisher unerhörten An-
sprüchen an das Volk wird die Allgemeinheit hervortreten müssen,
um ihr Dasein zu behaupten. Wir wollen als ein freies Volk für
unseren Platz im Leben der Völker kämpfen. (Beifall b. d. Natl.)

Hbg. Graf Westarp (konl.):

In der vollen politischen Entwicklung erblicken wir keinen
Fortschritt. Wir halten sie für verhängnisvoll für die Zukunft des
deutschen Volkes. Die Ziele der Demokratie und die Wünsche un-
serer Freunde sind gleichzeitig erfüllt worden. Die Minister sind
jetzt lediglich der Vollzugsausdruck der hinter ihnen stehenden
Parteien. Dadurch sind die wertvollen Grundlagen beseitigt, auf
denen Bismarck das Deutsche Reich errichtet hatte, und auf denen
es zu hoher Blüte gediehen ist. Wer dem Kaiser die Entscheidung
über die Ernennung der Minister entzieht, enteignet auch den
König von Preußen. (Heiterkeit.) Wer das Reichsministerium
vom Bundesrat unabhängig macht, der nimmt der preußischen
Stimme ihr Gewicht.

Den Vorlagen über Verfassungsänderungen
können wir nicht zustimmen. Das parlamentarische
System untergräbt die Grundlagen des Heeres. Wir lehnen diese
Radikalisierung ab, wir sehen ihre Folgen voraus: die Ma-
schenherrschaft wird gegen unsere Stimmen eingeführt.
Den neuen Aufgaben wollen wir auf Grund unserer konservativen
Programme nachkommen. Es ist unrichtig, daß wir geherrscht
hätten und daß das hinfällig-bürokratische System zusammen-
gebrochen sei. Seit Bethmann Hollweg herrscht die So-
zialdemokratie. Auf dem Boden des parlamentarischen Systems
sind wir Opposition, wir hoffen aber, daß konservative Ge-
danken einst gerechter gewürdigt werden als heute. Ueberrimmt
der Reichskanzler die Verantwortung für den Ausbruch des sozial-
demokratischen Parteivorstandes, für diese Kundgebung aus Re-
gierungskreisen, für diese Handlung des Staatssekretärs Schei-
deman? Der im Regierungsorgan „Vorwärts“ erschienene Aufruf
greift uns gehässig an und wirft uns dunkle gegenrevolutionäre
Treibereien vor. Wir waren bereit, an der neuen Regierung mit-
zuwirken. Man hat uns von Anfang an ausgetrieben! Ent-
gegen den Grundfäden des parlamentarischen Systems ist das
Friedensangebot dem ganzen Reichstag oder den Parteiführern
nicht vorher vorgelegt worden. Die Parteiführer erhalten jetzt
mehr Information als vorher. Ich frage mich, ob
ich stelle nur die Verantwortlichkeiten fest.

Obgleich wir die Gelinde kennen und würdigen, erscheint uns das
Friedensangebot nicht als notwendig und nüt-
zlich. Die bisherigen Erfolge können uns nicht eines besseren be-
lehren. Wir wünschen aus ganzem Herzen diesem Schritt vollen
Erfolg. Deutschland aber ist nicht geneigt und
nicht gewillt zur Kapitulation, zur Annahme von Be-
dingungen, die unvereinbar sind mit der Ehre und Zukunft des
deutschen Volkes, dessen Gebot unverändert bleiben muß. Insbe-
sondere gilt das für den Osten und die unerhörten Forderungen der
Polen wollen wir auf das Entschiedenste zurück. (Beifall.)

Wir bedauern die Einschränkung des U-Boot-
es, ohne daß man zugleich Einschränkung der englischen Ungerhörte
verlangte. Wenn der Waffenstillstand eintritt, hört der U-Boot-
krieg ohnehin auf. Wir rechnen mit der großen Wahrscheinlichkeit,
daß auf die neue Antwort Wilsons der Kampf neu entbrennen
wird. Trotz all unserer Bedenken stellen wir uns gemeinsam
mit den anderen Parteien hinter die Resolution, die die Kampfkraft
des Volkes durch Aufhebung neuer Menschen- und moralischer
Kräfte in jeder Weise härten muß.

In der Heimat muß der Geist der Opferwilligkeit herrschen. Da
insoweit veränderten Bekeren und der politischen Entwicklung
große Teile des Volkes auf uns nicht hören, fordern wir die Re-
gierung auf, das Volk aufzuklären, worum es geht, es zum
Kampf aufzurufen. Wir sind überzeugt, das deutsche Volk wird
keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden in
dem sein Dasein und seine Zukunft vernichtet wird, eingehen
und anzunehmen brauchen. (Beifall.)

Eine Entschliessung Gothein (Vpl.), Ebert (Soz.), Berold (Ntr.),
Dr. Stresemann (natl.) lautet:

„Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und
spricht ihm sein Vertrauen aus.“

Das Haus vertagt sich.
Weiterberatung: Mittwoch 2 Uhr.
Schluß 04 Uhr.